

POLICY BRIEF

Dezember 2015

Von Laura-Kristine Krause, Nico Lumma, Sebastian Reichel,
Philipp Sälhoff, Dominic Schwickert und Henning Tillmann

Digitalpolitik ist Gesellschaftspolitik – und muss gestaltet werden!

Die Digitalisierung verändert unsere gesamte Umwelt und wirkt als Katalysator für Entwicklungen, die bereits in Gang sind. Damit stellt sie die Politik in Deutschland vor neue Herausforderungen, denn althergebrachte Konzepte funktionieren in vielen Bereichen nicht mehr. Der Wille zur Gestaltung von Digitalpolitik ist deshalb letztlich der Wille zur Gestaltung der Gegenwart, vor allem jedoch der Zukunft.

Zahlreiche Analysen, wie das SPD-Grundsatzprogramm für die digitale Gesellschaft „#DigitalLeben“, beschreiben zutreffend die Entwicklungen einer zunehmend digitalen Welt. In diesem Papier wollen wir einen Schritt weitergehen und konkrete Maßnahmen zur politischen Gestaltung der Digitalisierung in den Schlüsselbereichen Arbeit, Wirtschaft und Bildung vorschlagen. Denn Digitalpolitik ist Gesellschaftspolitik – und muss aktiv gestaltet werden.

Einleitung

Die Digitalisierung verändert sämtliche Lebensbereiche. Diese Entwicklung ist nicht neu, beschleunigt sich aber immer stärker. Wie und wo wir einkaufen, uns von A nach B bewegen, von Ärzten behandelt werden, unsere Freizeit gestalten, kommunizieren und welche Aufgaben uns von technischen Hilfsmitteln abgenommen werden – all das ist in rasantem Wandel.

Digitalisierung bedeutet damit die permanente und grundlegende Veränderung unserer Lebenswelt. Sie hat folglich auch keinen Endpunkt – ebenso wie die Technisierung keinen hatte und bis heute keinen hat. Die Digitalisierung schafft neue Arbeits- und Geschäftsmodelle, Kommunikationsroutinen ändern sich und etablierte Akteure – sowohl politische als auch

wirtschaftliche – kommen durch veränderte Anforderungen und Erfolgsfaktoren in Bedrängnis. Die Zyklen der Veränderung werden kürzer, disruptiver und heftiger in ihren Auswirkungen.

Unter der Überschrift “Digitalisierung” werden folglich Veränderungsprozesse diskutiert, die unsere Gesellschaft grundsätzlich und unabhängig von einer netzpolitischen Perspektive betreffen. Es geht umfassend gesprochen um Gesellschaftspolitik, also um die Frage, wie wir künftig leben, lernen und arbeiten werden – und wollen. Der digitale Wandel fungiert hier als Katalysator. Am offensichtlichsten ist dies beim Thema „Arbeit 4.0“. Unter dieser Überschrift werden derzeit die gewachsene Rolle von (Solo-)Selbstständigen sowie neue Möglichkeiten des projektbasierten und ortsunabhängigen Arbeitens mitunter kontrovers diskutiert. Auch fernab von digitalen Kontexten nimmt die Zahl an Werkverträgen, Freelancern und kleinteiligeren Arbeitsaufträgen zu. In Kombination mit dem demografischen Wandel stellen sich dadurch grundsätzliche Fragen für die zukünftige Ausgestaltung der sozialen Sicherungssysteme in Deutschland. Ein dynamischer Arbeitsmarkt des 21. Jahrhunderts stößt auf einen aus dem 19. Jahrhundert stammenden Sozialstaat, der auf das „Normalarbeitsverhältnis“ ausgerichtet bleibt.

Bis heute wird Digitalpolitik als eigenständiges Politikfeld bzw. Thema behandelt. Veränderungen durch Digitalisierung sind jedoch immanenter Bestandteil jedweder Fachpolitik. Digitalpolitik ist nichts anderes als die Anerkennung einer bereits veränderten Realität, die folglich sämtliche “klassische” Politikfelder betrifft. Digitales ist in dieser Hinsicht wie Europapolitik: Politische Lösungen können ohne das Mitdenken dieser Dimension nicht funktionieren. Das müssen Parteien und Institutionen stärker verinnerlichen. Digitalpolitik darf nicht mehr am Katzentisch stattfinden, sondern muss ins Zentrum rücken. Konkret notwendig sind: (1) ein Bundesministerium für Digitalisierung; (2) harte Kompetenzen statt bloßer Mitberatung für den neuen Bundestagsausschuss „Digitale Agenda“; (3) digitale Kompetenz in der ersten Reihe der Politikerinnen und Politiker aller Parteien.

Wie alle Veränderungsprozesse kann und muss die Digitalisierung aktiv gestaltet werden. Weniger als die Frage, „was die Digitalisierung mit uns macht“, sollte im Zentrum der Debatte stehen, wie Digitalisierung positiv und zum langfristigen Nutzen einer modernen Gesellschaft gestaltet werden kann.

Viele Papiere aus dem Mitte-Links-Lager beschreiben die Entwicklungen durch die Digitalisierung und skizzieren teilweise richtige Antworten, wenn es um die Absicherung bestehender Verhältnisse geht. Sie stellen fest, dass alte Konzepte oftmals nicht mehr greifen, gehen aber über eine Ausweitung und Anpassung eben dieser Konzepte kaum hinaus. Hingegen sind wir der Überzeugung: Für die Gestaltung der Veränderung der Gesellschaft durch die Digitalisierung braucht es Mut zu grundlegend neuen Ideen und Ansätzen. Einige davon wollen wir im Folgenden skizzieren.

Digitalisierung muss gestaltet werden. Arbeit, Wirtschaft, Bildung sind dabei die Schlüsselthemen für eine zukunftsfähige Politik.

Trotz des Querschnittscharakters von Digitalpolitik sind mit Blick auf die Zukunft unserer Gesellschaft drei Fragen besonders wichtig: (1) Wie ermöglichen wir soziale Gerechtigkeit? (2) Wie sichern wir unsere Innovationsfähigkeit? (3) Auf was wird künftig unser Wohlstand basieren? Arbeit, Wirtschaft und Bildung sind deshalb Schlüsselthemen für eine zukunftsfähige Politik, die Digitalisierung verinnerlicht hat, gestaltet und vor allem den Zugang zu ihr gewährleistet.

AKTIVE GESTALTUNG DER DIGITALISIERUNG IN 3 GESTALTUNGSFELDERN:

1. Arbeit: Die digitale Arbeitswelt des 21. Jahrhunderts braucht eine Weiterentwicklung des Sozialstaats, der neue Formen der Beschäftigung berücksichtigt.

2. Wirtschaft: Die digitale Wirtschaft braucht einen umfassenden Breitbandausbau mit dem Ziel einer flächendeckenden Versorgung mit Glasfaser. Nur eine gesetzlich verankerte Netzneutralität und die Diskriminierungsfreiheit der Infrastrukturen und Inhalte kann Grundlage für ein freies und innovationsfreundliches Internet sein.

3. Bildung: Eine progressive Bildungspolitik muss zu selbstständiger Arbeit befähigen und Entrepreneurship anregen, auch um die Grundlage für eine neue Gründerkultur zu schaffen. Dafür müssen in Schulen sowohl digitale Inhalte als auch digitale Lehrformen zur Normalität werden.

Gestaltungsfeld „Arbeit“

Die SPD des 19. und 20. Jahrhunderts war die Partei der Arbeiterinnen und Arbeiter und später der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer. Mit Hilfe der Gewerkschaften hat sie es geschafft, Augenhöhe herzustellen zwischen denen, die ihre Arbeitskraft einbringen, und denen, die auf diese Arbeit angewiesen sind. Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten waren diejenigen, die Entwicklungen frühzeitig erkannt und progressive Modelle für eine zugleich humane, solidarische und wirtschaftlich erfolgreiche Arbeitswelt entwickelt haben. Gute Arbeitsbedingungen, Arbeitszeitverkürzungen und faire Löhne wurden gesetzlich oder tariflich in harten Auseinandersetzungen erstritten.

Die Arbeitswelt befindet sich in einem ständigen Wandel. Um die Wende zum 21. Jahrhunderts hat sich dieser Wandel noch einmal beschleunigt: Arbeitsprozesse sind immer weniger linear und finden zunehmend in dynamischen, vernetzten Arbeitsumgebungen statt. Es reicht nicht mehr, dass Fähigkeiten einmal erlernt und dann immer wieder angewendet werden. Kompetenzen müssen kontinuierlich auf der Höhe der Zeit gehalten und an variable Kontexte angepasst werden. Bindungen

zwischen Arbeitgebern und Arbeitenden verlagern sich stärker auf die Individualebene. Für viele dieser Herausforderungen wurden noch keine adäquaten politischen Lösungen erarbeitet – weder von der SPD noch von den anderen Parteien. Eine progressive Antwort kann nicht im konservativen Beharren auf alten Strukturen liegen, sondern muss aktiv gestalten und Zukunftsoptimismus ausstrahlen.

VON DER ARBEITNEHMERPARTEI ZUR PARTEI DER ARBEITENDEN

Wenn heute von Arbeit gesprochen wird, ist im Kern abhängige und tarifgebundene Erwerbsarbeit gemeint. Mit der Digitalisierung geht jedoch eine Entkopplung der Arbeit von Zeit und Raum einher, die ganz neue Potenziale für die Selbstbestimmtheit von Arbeitenden bereithält. Erwerbsarbeit wird auch zukünftig der Sicherung des Lebensunterhaltes dienen. Zugleich wird es aber in einem nie dagewesenen Maße möglich, die unterschiedlichen Tätigkeiten, die ein gutes Leben ausmachen (Familienarbeit, Ehrenamt, Sport, künstlerisches Schaffen und Eigenarbeit), viel besser als bisher miteinander zu verbinden. Besonders mittels kreativer, schöpferischer Tätigkeiten können mehr Arbeitende die unterschiedlichen Formen der Entfremdung aus

dem Industriezeitalter überwinden. Digitale Arbeit, die von projektorientierten Prozessen in organisationsübergreifenden Teams mit hoher Diversität geprägt ist, bietet die Chance, eben dieses kreativ-schöpferische Erleben mehr Menschen in ihrer Erwerbsarbeit zu ermöglichen.

Zugleich ergeben sich aus den neuen Formen der Arbeitsorganisation zunehmend Veränderungen der Arbeitsverhältnisse. Was in Universitäten, im Journalismus und im kreativen Dienstleistungsbereich längst Realität ist – das Arbeiten mit freien Mitarbeitern – wird weiterhin zunehmen. Es reicht nicht aus, darauf zu pochen, hierbei handele es sich um Randphänomene, denen regulatorisch Einhalt zu gebieten sei.

Ziel der Sozialpolitik muss die soziale Absicherung aller Arbeitenden sein.

Gerade die SPD muss dieser Entwicklung Rechnung tragen: Ihrem Selbstverständnis nach muss sie von einer Arbeitnehmerpartei zu einer Partei der Arbeitenden werden. Jenseits der bislang als „normal“ angesehenen Arbeitsverhältnisse darf kein prekärer Sektor entstehen. Eine Verbesserung der Lebens- und Arbeitsbedingungen für alle wird nur erreicht, wenn Angestellte und Selbstständige (z. B. bei Fragen der Mitbestimmung und Tarifbindung) nicht gegeneinander ausgespielt werden.

Ein wichtiger erster Schritt ist die Einbeziehung von Selbstständigen in die sozialen Sicherungssysteme (Krankenversicherung, Arbeitslosenversicherung, Rentenversicherung). Vermeintlich einfache Lösungen, die allein zu Lasten der Arbeitenden gehen, lehnen wir ab. Überlegungen zur besseren Absicherung von Selbstständigen sollten nicht gegen die Interessen von zehntausenden motivierten, kreativen und leistungsbereiten Arbeitenden angestellt werden.

Erforderlich sind vielmehr paritätische Modelle unter Einbeziehung der Auftraggeber. Die heutige Ausgestaltung in Arbeitnehmer- und Arbeitgeberbeiträge spiegelt das traditionelle Verständnis von Arbeit wider. Wenn aber diese Grenzziehung für immer weniger Arbeitende

gilt, muss auch die Ausgestaltung der Solidarsysteme grundlegend neu gedacht werden. Sie müssen von der gesamten Gesellschaft getragen werden, von allen Arbeitgebenden und Arbeitnehmenden. Bei einer Reform muss deshalb auch über die Einbeziehung von Beamten in die Solidarsysteme nachgedacht werden.

Soziale Absicherung bedeutet auch, finanziell für das Alter vorzusorgen. Kaum jemand ist noch ohne Unterbrechung bei einem einzigen Arbeitgeber angestellt. Hinzu kommt, dass Menschen zwischenzeitlich selbstständig sind. Für das Rentensystem ist das eine besondere Herausforderung. Neben der gesetzlichen Rente, der Riester-Rente und der betrieblichen Altersvorsorge zahlen diese Personen zwischenzeitlich in die Rürup-Rente oder in einen weiteren Rententopf ein. Dies führt zu zahlreichen kleinen „Töpfen“, die sich aus ökonomischen Gründen nicht zu einer verlässlichen privaten Altersvorsorge entwickeln können. Eine Überarbeitung der Rentenmodelle erscheint dringend geboten.

Selbstständige mit geringem Einkommen werden unnötig schwer belastet.

Es muss dafür gesorgt werden, dass auch die Auftraggeber von Selbstständigen ihren Teil zu deren Absicherung beitragen. Das Modell der Künstlersozialkasse im Sinne der Teilhabe Selbstständiger an einem sozialen Sicherungssystem hat sich durchaus bewährt. Analog zur Künstlersozialkasse könnte auch für andere Berufsgruppen durch die Beteiligung der Auftraggeber an den Sozialversicherungsbeiträgen der fehlende Arbeitgeberanteil ausgeglichen werden. Der Auftraggeberanteil könnte in Form eines Honoraranteils einbezogen werden, der wie bei der Mehrwertsteuer als Sozialversicherungsbeitrag in die Rechnung eingetragen und auf den Endpreis der Arbeitsleistung aufgeschlagen würde. Denkbar wären auch gesetzliche Mindestanforderungen an Leistungsverträge, die zwischen Auftraggebern und Arbeitenden geschlossen werden.

„Sharing Economy“-Plattformen sind heute in vielen Branchen Vermittler von Dienstleistungen. Zwar birgt dieses neue ökonomische Modell auch die Gefahr eines

Missbrauchs, andererseits erlaubt die Sharing Economy die effiziente Nutzung brachliegender Ressourcen und ermöglicht den Anbietern von Dienstleistungen einen Hinzuverdienst. Die Politik kann – etwa durch die Einführung von Bagatellgrenzen und einfache Steuerregeln – einen rechtlichen Rahmen dafür schaffen, dass Menschen ohne Risiko an der Sharing Economy teilhaben können und zugleich verhindern, dass die Plattformökonomie Normalarbeitsverhältnisse ablöst.

Zudem sollte mit Blick auf die absehbare Entwicklung, dass Produktivitäts- und Beschäftigungswachstum an unterschiedlichen Orten anfallen werden, darüber nachgedacht werden, wie lange eine Finanzierung der Sozialsysteme über den Faktor Arbeit noch trägt. Perspektivisch werden eine stärkere Steuerfinanzierung sowie die Einbeziehung aller Einkommensarten (z. B. Kapitalerträge) kaum zu umgehen sein.

GESUCHT: EIN NEUER LEISTUNGSBEGRIFF UND NEUE VERHANDLUNGSSTRUKTUREN

Die 35- oder 40-Stunden-Woche ist ein starkes Symbol der Gewerkschaftsbewegung. Sie steht für den unbestreitbaren historischen Verdienst, die Arbeitszeit in der Produktion auf ein nicht gesundheitsschädliches Maß reduziert und den Arbeitern einen Freiraum für ein Privatleben erkämpft zu haben. Heute verliert der Faktor Zeit jedoch bei der Leistungsbewertung zunehmend an Bedeutung. Stattdessen werden in vielen Bereichen der Arbeitswelt Qualität, Qualifikation und Kompetenz sowie Projektumfang in den Vordergrund rücken – und das ist auch gut so. Denn die in Deutschland immer noch vorherrschende Anwesenheitskultur bestraft nach wie vor diejenigen, die berufliche und nichtberufliche Tätigkeiten miteinander vereinbaren wollen. Der stringent abgeleistete Achtstunden-Arbeitstag entspricht in vielen Arbeitswelten nicht mehr der Realität, wird aber im Arbeitszeitgesetz als Norm formuliert. Wir brauchen eine grundlegende Reform der Arbeitszeitgesetze, die den aktuellen Entwicklungen Rechnung trägt, Flexibilität ermöglicht und die Schutzfunktion erhält.

Zugleich muss einer grenzenlosen Verdichtung von Arbeit Einhalt geboten werden. Mit Symbolpolitik – etwa einem „Recht auf Nicht-Erreichbarkeit“ oder einer „Anti-Stress-Verordnung“ – ist es dabei nicht getan.

Unternehmen werden dann erfolgreich und effizient sein, wenn sie die Leistungsfähigkeit der Arbeitenden realistisch einschätzen und erhalten. Gerade in der Digital- und Kreativwirtschaft gibt es dafür zahlreiche positive Vorbilder. Nötig ist eine grundlegende Änderung der Arbeitskultur. Diesen Wandel zu unterstützen und zu gestalten – ob durch die Verbreitung von Best-Practices oder wirtschaftliche Anreizmechanismen, die Unternehmen mit einer souveränitätsförderlichen Arbeitskultur belohnen – ist die Aufgabe von Politik. Perspektivisch muss darüber nachgedacht werden, ob die Tarifpartner neue, nicht zeitbasierte Vergütungssysteme finden können, die der modernen Arbeitswelt gerechter werden.

Bloße Symbolpolitik verändert die Arbeitskultur nicht.

Für den gesellschaftlichen Aushandlungsprozess über einen Leistungsbegriff, der die richtige Kombination aus Freiheit und Schutz darstellt, ist ein breiter Ansatz erforderlich, der alle Arbeitgebenden und Arbeitnehmenden einbezieht. Selbstständigkeit ist längst keine Anomalie mehr. Sie steht gleichberechtigt neben dem tarifgebundenen Festvertrag und entspricht sowohl den Anforderungen einer dynamisch-vernetzten Arbeitswelt als auch den sich wandelnden Ansprüchen der Menschen an ihre Arbeit.

ZUKUNFTSFÄHIGE GEWERKSCHAFTEN

Wirtschaftlichen und sozialen Fortschritt zusammenzubringen, das ist eine der großen Leistungen der Gewerkschaften in Deutschland. Damit die Gewerkschaften aber Agenten des Fortschritts werden, müssen sie sich – heute vielleicht so stark wie nie zuvor – auf eine Wirtschafts- und Arbeitswelt im Wandel anpassen. Wer Digitalisierung nur als weitere Stufe der Arbeitsverdichtung und als Mittel zum Arbeitsplatzabbau begreift, der wird zu Recht seine Rolle im produktiven Kern der Debatte über die Arbeit der Zukunft verlieren. Auch der Fokus auf die Interessen von Stammbeslegschaften wird nicht der richtige Weg sein. Gefragt sind vielmehr starke Diskurs- und Beteiligungsgewerkschaften, die sich wandelnden Anspruchslagen der Arbeitenden anpassen

und zugleich Ideengeber für wirtschaftlich und sozial tragfähige neue Formen der Arbeitsgestaltung und -organisation sind. Wir brauchen Gewerkschaften, die dem digitalen Wandel nicht mit Grundskepsis begegnen, sondern konkrete Gestaltungsalternativen entwickeln und benennen.

Gestaltungsfeld „Wirtschaft“

Die Digitalisierung schafft völlig neue Geschäftsfelder. Außerdem verschieben sich bisherige Branchengrenzen, oder diese sind weniger trennscharf als zuvor. So sehen sich Branchen, die wie etwa die Automobilbranche bisher vergleichsweise abgeschlossen und von wenigen Akteuren dominiert waren, auf ihrem eigenen Geschäftsfeld mit neuer Konkurrenz durch branchenfremde Akteure (z. B. IT-Unternehmen) konfrontiert. Für existierende Unternehmen ist dies eine Herausforderung, auf die sie reagieren müssen. Gesamtwirtschaftlich betrachtet sollte diese Entwicklung jedoch mehr als Chance denn als Gefahr begriffen werden. Die Digitalisierung kann dazu beitragen, die Unternehmenslandschaft in Deutschland zu diversifizieren und zu beleben. Neue Unternehmen und vergleichsweise kleine Teams mit begrenztem Budget haben bessere Möglichkeiten als jemals zuvor, neue Märkte, Arbeitsplätze und Innovationen zu kreieren. Vor allem junge Menschen sind hochmotiviert, als Gründerinnen und Gründer Eigenes zu schaffen, statt in klassische Beschäftigungsverhältnisse einzutreten.

GUTE RAHMENBEDINGUNGEN FÜR DIE DIGITALE WIRTSCHAFT

Trotz der Chancen, die in der Digitalisierung liegen, sind die Rahmenbedingungen in Deutschland bisher nicht so gestaltet, dass diese tatsächlich umfassend genutzt werden können. Digitale Wirtschaft wird immer noch stark als Digitalisierung der Großindustrie und nicht als das Heranwachsen vieler kleinerer Akteure gedacht. Schlagworte wie „Industrie 4.0“, die fast nur hierzulande bekannt sind, bezeichnen vorrangig die Auswirkungen der Digitalisierung auf industrielle Fertigungsprozesse und deren Folgen für die Wettbewerbssituation von großen Unternehmen. Diese Unternehmen müssen

bei ihren internen Modernisierungsprozessen unterstützt werden. Dennoch dürfen die Chancen der Digitalisierung nicht dadurch aufgehalten werden, dass alte Industrien geschützt und neue nicht ausreichend gefördert werden.

Eine erfolgreiche deutsche Digitalwirtschaft ist auf gute Bedingungen angewiesen. Gründungen brauchen neben einer guten Idee und Mut vor allem verlässliche Infrastruktur und Unterstützung. Für Mut und gute Ideen sind Gründerinnen und Gründer selbst zuständig, Infrastruktur und Rahmenbedingungen müssen jedoch politisch gewährleistet werden, um die digitale Wirtschaft in Deutschland zum Erfolg zu führen. Der Zugang zu digitaler Infrastruktur für alle Menschen ist ein Bestandteil öffentlicher Daseinsvorsorge, die Schaffung einer tatsächlich leistungsfähigen Infrastruktur ist eine Frage der Standortförderung. Der flächendeckende Breitbandausbau mit modernen Glasfasernetzen ist deshalb politisch geboten, um ein Grundrecht auf schnelles Internet durchzusetzen. Zur Finanzierung könnte der Bund auf seine Beteiligungen an Telekommunikationsunternehmen verzichten und diese moderne Infrastruktur selbst schaffen.

Gründen braucht Mut – und Unterstützung durch geeignete Rahmenbedingungen.

Zur Schaffung guter Bedingungen für digitale Wirtschaft gehört auch eine echte Gründungskultur, die endlich eine gesunde Einstellung zum Scheitern ermöglicht. Wir brauchen eine Kultur der zweiten Chance. Außerdem müssen Schranken für Unternehmensgründungen abgebaut werden. Eine Gründungskultur kann man nicht verordnen, vielmehr müssen Jugendliche und junge Erwachsene bereits frühzeitig über die Möglichkeiten und Herausforderungen informiert werden. Anderenfalls bleibt bei Gründerinnen und Gründern eine soziale Schieflage bestehen, die vor allem Menschen aus finanzkräftigeren Familien bevorteilt.

Neugründungen stehen hinsichtlich Regulierungs- und Aufsichtsbehörden oftmals vor der zusätzlichen Herausforderung, dass sie nicht in die existierenden Strukturen passen und deshalb nicht im gleichen Maße

Ansprechpartner finden wie traditionelle Wirtschaftszweige. Ein Beispiel hierfür ist die FinTech-Branche, die z. B. bei der für Bankenregulierung zuständigen Bafin bisher kaum Zugang hat. Hier hilft der Blick in andere europäische Staaten, um positive Beispiele für den Umgang mit neuen Branchen zu entdecken. So hat die britische FCA (Financial Conduct Authority) eine Art „Sandbox“ etabliert, in der FinTech-Startups zwei Jahre lang intensive Beratung und Unterstützung erhalten.

Digitalisierung muss mindestens europäisch gedacht werden.

Der überwiegende Teil der Inhalte und über das Internet beziehbaren Produkte ist länderübergreifend verfügbar. Medien-, Daten- und Zulassungspolitik endet aber derzeit an nationalen Grenzen. So hat man bei Streaming-Diensten je nach Standort mitunter ein völlig unterschiedliches Angebot. Auch die Marktreife neuer digitaler Dienstleistungen wird oft in anderen Ländern als in Deutschland getestet, weil die Genehmigungsprozesse hier deutlich aufwändiger sind als in anderen EU-Staaten. Um in Europa einen digitalen Binnenmarkt zu schaffen, der Zugang zu Waren und Dienstleistungen erleichtert und vor allem das Wachstumspotenzial der europäischen digitalen Wirtschaft bestmöglich fördert, sollten nationale Vorgaben aneinander angepasst werden. Die Strategie der EU-Kommission für den Digitalen Binnenmarkt ist zu begrüßen. Gleichzeitig sollten Vorgaben für Marktzulassungen in Deutschland daraufhin überprüft werden, ob sie die Erprobung neuer Technologien und Produkte in Deutschland unnötig erschweren.

NETZNEUTRALITÄT: GRUNDINVESTITION IN DIE DIGITALE WIRTSCHAFT

Von Seiten deutscher Politikerinnen und Politiker, Journalistinnen und Journalisten sowie Unternehmerinnen und Unternehmern ist die Faszination für das Silicon Valley als Ort für Innovationen und Fortschritt ungebrochen, wie die zahlreichen Delegationsreisen nach Kalifornien zeigen. Der Wunsch, etwas Vergleichbares auch in Deutschland zu etablieren, ist ausgeprägt vorhanden. Die Erkenntnis, dass hierfür Investitionen und

Rahmenbedingungen für verlässliche Infrastrukturen die absoluten Grundvoraussetzungen sind, hat sich bisher jedoch nicht im gleichen Maße durchgesetzt.

Für die digitale Wirtschaft ist ein leistungsstarkes und neutrales Internet die kritische Infrastruktur schlechthin. Sobald Provider das Recht haben, anhand der Art des Dateninhaltes darüber zu entscheiden, zu welchem Preis diese Daten durchgeleitet werden, haben kleine, weniger finanzstarke Akteure mit ihren Inhalten keine Chance. Das ist nicht nur aus wirtschaftspolitischer, sondern auch aus demokratiepolitischer Sicht problematisch.

Mit seinem Beschluss vom Oktober 2015 hat das Europäische Parlament mit der Schaffung von Ausnahmen für Sonderdienste die Netzneutralität de facto aufgehoben und die Unterscheidung von Netzinhalten in die Hände der Provider übergeben. Übertragen auf die analoge Welt bedeutet diese Entscheidung, dass private Betreiber von Autobahnen und Bundesstraßen das Recht hätten, je nach Inhalt einer LKW-Ladung unterschiedliche Mautkosten zu erheben – beliebig, eigenmächtig und ohne staatliche Vorgaben. Im Internet wird dadurch eine Zweiklassen-Nutzung je nach Finanzstärke der Nutzerinnen und Nutzer eingeführt, deren Folgen heute nicht absehbar sind. Im Vergleich dazu hat die US-amerikanische Regulierungsbehörde FCC nach einer langen Auseinandersetzung jüngst die Netzneutralität bestätigt.

Nur ein neutrales Netz kann Innovationen hervorbringen.

Der Beschluss des Europäischen Parlaments steht für das Gegenteil dessen, was für das Wachstum und die Innovationskraft der digitalen Wirtschaft in Deutschland nötig wäre. Politisch geboten ist der Schutz des neutralen Internets. Der wirtschaftspolitische und gesamtgesellschaftliche Schaden, der durch die vom Europäischen Parlament beschlossene EU-Verordnung entstehen kann, muss nun in der nationalen Umsetzung (z. B. durch eine strikte und eng gefasste Definition der so genannten Spezialdienste) so weit wie möglich begrenzt werden. Insbesondere müssen den Providern

enge Grenzen für die eigenständige Klassifizierung von Netzinhalten auferlegt werden. Zusätzlich ist die Investition in ein frei zugängliches, leistungsstarkes Netz eine absolut zentrale Zukunftsentscheidung für die Förderung der digitalen Wirtschaft in Deutschland.

ERLEICHTERUNG VON GRÜNDUNGEN IN DEUTSCHLAND

Die Digitalwirtschaft hat sich in den vergangenen Jahrzehnten zu einem volkswirtschaftlichen Faktor entwickelt, der Arbeitsplätze schafft und sichert, die Wissensgesellschaft gestaltet und immer mehr auch standortpolitische Bedeutung gewinnt. Trotzdem sind die Rahmenbedingungen für digitale und nicht digitale Gründungen in Deutschland nach wie vor so gestaltet, dass sie Gründerinnen und Gründer eher Steine in den Weg legen als Türen öffnen.

Im Hochschulbereich sind in den letzten Jahren zahlreiche Initiativen zur Unterstützung von Gründungen entstanden. Staatliche Gründungsprogramme und -kredite sollten sich jedoch nicht nur an Hochschulabsolventen richten. Die neuen Beschäftigungsfelder und die Gründungsdynamik durch die Digitalisierung sollten auch Quereinsteigern mit jedweder Erwerbsbiografie offen stehen.

Gründungen in Deutschland müssen erleichtert werden. Durch staatliche Förderung und Abbau von Investitionshemmnissen.

Gründerinnen und Gründer brauchen langen Atem – und könnten dabei leicht vom Staat unterstützt werden. Dabei helfen alle Maßnahmen zum Bürokratieabbau. Detaillierte Vorgaben an Arbeitsstätten entsprechen schon heute nicht der gelebten Arbeitswirklichkeit. Da Startups in aller Regel nicht den Anforderungen öffentlicher Ausschreibungen genügen, bzw. nicht genügend personelle Ressourcen haben, um an Ausschreibungen teilnehmen zu können, wird hier eine Chance vertan, innovative Startups und Innovationen mittels öffentlicher Aufträge zu unterstützen. Bund und Länder sollten prüfen, inwieweit vereinfachte

Ausschreibungsmodalitäten es zukünftig Startups ermöglichen, Dienstleistungen und Produkte für die öffentliche Hand zu erbringen.

Besonders im technologieaffinen Bereich ist die Gründungsdynamik in Deutschland rückläufig. Hier besteht eine Lücke an privaten und öffentlichen Investitionen. So weist Deutschland ein Investitionsniveau von nur 17 Prozent am BIP auf – der OECD-Durchschnitt beträgt 20 Prozent, führende Länder liegen noch deutlich darüber. Besonders betroffen von diesem Rückstand ist in Deutschland die innovationsabhängige Startup-Szene. Neben staatlichen Fördermaßnahmen gibt es mehrere Ansätze, über die Investitionen in Startups Deutschland erleichtert werden sollten.

So können Crowdfunding und Crowdfunding entscheidende Beiträge zur Gründungsförderung leisten. Crowdfunding ermöglicht es, dass junge Kreative und Unternehmen in Deutschland bleiben, da sie auch hier die notwendige Finanzierung und Unterstützung bekommen. Hier gibt es noch deutlichen Spielraum, die Möglichkeiten des Crowdfunding in Kombination mit öffentlichen Fördergeldern besser nutzbar zu machen und staatliche Gründungskredite über diese Plattformen zur Verfügung zu stellen. Auch die Schaffung eines einheitlichen europäischen Regulierungsrahmens ist nötig, da viele Plattformen grenzüberschreitend aktiv sind und hier unter den gleichen Bedingungen arbeiten können sollten.

Eine besondere Rolle in diesem Ökosystem spielen Business Angels, ohne die viele Gründungen gar nicht erst möglich wären – hier darf künftige Regulierung nicht zu einem Investitionshemmnis werden. Als Instrument hat sich der Hightechgründerfonds (HTGF) bewährt, und es sollte darüber nachgedacht werden, den Förderfokus von der Frühphase hin zur Wachstumsphase zu erweitern, um Investitionen im einstelligen Millionenbereich ebenfalls zu ermöglichen. Denn ein Grundproblem bleibt in Deutschland bestehen: Es ist zwar ausreichend Kapital vorhanden, aber es wird den schnell wachsenden und kapitalintensiven Startups zu langsam zur Verfügung gestellt. Daher ist zu überlegen, dass Investitionen ab einer Größenordnung von 1 Mio €, die in einem Zeitraum von 4 Wochen erfolgen, mit einer zusätzlichen Förderung von 10 % der

Investitionssumme durch die KfW versehen werden, um einen Anreiz für eine schnelle Due Diligence und eine mutigere, schnelle Entscheidung zu bieten.

Für den Mittelstand und Großunternehmen sollte ein Startup-Quotient eingeführt werden, der zukünftige Fördermittel und Aufträge des Bundes daran koppelt, wie stark sich die Unternehmen bei Investitionen in Startups oder deren Übernahme engagieren.

Der Gründungszuschuss ist ein wirksames Instrument, Gründerinnen und Gründer in den ersten Monaten zu unterstützen. Aktuell entscheidet die Arbeitsagentur vor Ort, ob ein Zuschuss genehmigt wird. Dies führt wegen fehlender Fachkenntnisse oft zu willkürlichen Entscheidungen. Weiterhin müssen Antragsstellerinnen und Antragssteller arbeitslos gemeldet sein, um einen Gründungszuschuss zu erhalten. Wir wollen eine Gründerkultur in Deutschland, in der Gründerinnen und Gründer nicht erst arbeitslos sein müssen (auch wenn es nur für einen Tag ist), um den Gründerzuschuss zu erhalten.

Gestaltungsfeld „Bildung“

Alle Kinder und Jugendlichen sind heutzutage online. Ebenso bricht das Zeitalter des Internets der Dinge an: Geräte vernetzen sich und interagieren ohne menschliches Zutun miteinander. Dies wird einen enormen Einfluss auf unseren Alltag, unseren Beruf und auch die Bildung haben. Was Eltern womöglich versäumen oder schlichtweg nicht leisten können – einen medienpädagogischen vernünftigen Umgang mit Computern, vernetzten Geräten und dem Internet zu lehren – muss spätestens in den Schulen erklärt und vermittelt werden. Dazu bedarf es enormer Anstrengungen im Bereich der Medienkompetenz bei den Lehrkräften.

Wenn die große Mehrheit der Menschen digitale Prozesse nicht lenken oder nicht einmal verstehen kann, muss die Bildungspolitik des 21. Jahrhunderts als gescheitert angesehen werden. Entscheidend ist, nicht nur Kinder und Jugendliche sondern auch Erwachsene in die Lage zu versetzen, das Internet als Werkzeug zu benutzen. Dabei geht es nicht nur um die klassische

Vermittlung von Medienkompetenz in der passiven Form, sondern auch um das Verständnis, das Internet und die Vernetzung als sich stets veränderndes Netzwerk zu begreifen, das von jeder und jedem verändert, erweitert und verbessert werden kann – aber eben auch seine Herausforderungen und Risiken bereit hält.

Ob die fortschreitende Digitalisierung unserer Lebenswelt zur Utopie oder Dystopie gerät, hängt von den Entscheidungen in der Bildungspolitik ab.

Fundierten Schätzungen zufolge werden zwei Drittel der heutigen Grundschülerinnen und Grundschüler später in Berufen arbeiten, die es jetzt noch nicht gibt. Gute Bildung muss die Schülerinnen und Schüler auf diese Herausforderungen vorbereiten – der derzeitige Bildungskanon ist dafür noch viel zu starr angelegt.

Für die Überarbeitung der Lehrpläne und die Schaffung einer anpassungsfähigeren Bildungspolitik ist die Aufhebung des Kooperationsverbots zwischen Bund und Ländern eine wichtige Voraussetzung. Dadurch können Hemmnisse in der Erstellung einheitlicher Curricula und finanzieller Investitionen des Bundes in digitale Infrastruktur für Schulen aufgehoben werden.

NUTZUNG VON DIGITALEN LEHRMITTELN

Zwar gibt es in Schulen bereits jetzt Räume, die mit Computern und Whiteboards ausgestattet sind – die Digitalisierung des Klassenzimmers ist allerdings noch nicht eingetreten. Dies macht sich besonders an den Lehrmaterialien bemerkbar, die fast ausschließlich in gedruckter Form vorliegen, was eine eklatante Diskrepanz zur Mediennutzung im Alltag darstellt. Warum sollen Kinder in analoger Weise lernen, was sie später sowohl in Ausbildung als auch in Beruf zunehmend digital anwenden müssen?

Andererseits macht sich der Bildungsbereich die Vorteile der Digitalisierung noch viel zu wenig zunutze – wie etwa die vereinfachte Weiterverbreitung von Inhalten und die Möglichkeit, Inhalte anzupassen und zu erweitern. Ein Grund für den Mangel an digitalen Lehrmitteln

sind fehlende rechtliche Rahmenbedingungen. So erlauben aktuelle gesetzliche Regelungen keine digitale Kopie von Lehrmaterialien bzw. deren erneute Weitergabe, insbesondere mit Erweiterungen, Änderungen und Neuzusammenstellungen (Remix). Ein offener Zugang zu digitalen Materialien würde Kostenfreiheit für Schülerinnen und Schüler bedeuten und damit die Bildungsgerechtigkeit steigern. Ebenso könnte der Markt für Schulbücher erweitert werden, so dass Vergleiche zwischen verschiedenen Büchern möglich und die Qualität der Lerninhalte verbessert wird.

All dies wird als Open Educational Resources, kurz OER, bezeichnet. Um OER in Deutschland einführen zu können, sollte ein bundesweites Kompetenzzentrum für OER geschaffen werden, das die Grundsätze des offenen Zugangs zu Lehrmitteln konkretisiert und die Vorarbeit für einheitliche gesetzliche Regelung zu digitalen Lehrmitteln schafft. Digitale Lehrmittelfreiheit muss das Ziel dieser Bemühungen sein.

DIGITALE LEHRINHALTE IN DEN SCHULEN

Wir sind umgeben von kleineren oder größeren Computern, sei es das Smartphone oder künftig der intelligente und vernetzte Kühlschrank. Nur die wenigsten Menschen verstehen jedoch die Funktionsweise der Geräte oder des Internets. Dadurch entsteht ein enormes Kompetenz- und folglich auch Machtgefälle: Wenige technisch versierte Menschen verstehen die Funktionsweise und können diese beeinflussen, alle anderen sind darauf angewiesen, dass die Geräte funktionieren. In einer Welt, die gerade erst am Beginn der Digitalisierung steht, ist dies eine fatale Entwicklung – nicht nur aus wirtschaftlicher Sicht.

Nötig ist die konkrete Festschreibung digitaler Inhalte in den bestehenden Schulfächern – plus ein Pflichtfach Informatik.

In der Schule müssen neben dem Grundverständnis für Algorithmen und automatisierte Vorgänge ebenso Medienkompetenz, die Grundlagen vernetzter Kommunikation, ethische Grundsätze der digitalen Welt und auch die Grundzüge einer Programmiersprache

vermittelt werden. Um dies zu erreichen gibt es zwei Ansätze, die auch parallel verfolgt werden können: Zum einen sollen Digitalthemen konsequent in bestehende Schulfächer eingebunden werden. Die Lehrpläne bestehender Schulfächer sollen daraufhin überprüft werden, in welchen Bereichen Aspekte der Digitalisierung integriert werden können (z. B. die Textform Blog im Fach Deutsch, Sharing-Ökonomie im Fach Sozial- bzw. Wirtschaftswissenschaften oder die Rechte der Urheberinnen und Urheber im Kunstunterricht).

Außerdem ist die Einführung des Pflichtfachs Informatik in der Sekundarstufe 1 und schon die Heranführung an das Programmieren in der Grundschule geboten. Es soll hier weniger um die klassische Anwendungsentwicklung gehen, sondern um das Vermitteln des technischen Verständnisses der (zukünftigen) Lebensrealitäten. Ob dieses Fach daher Informatik, Digitalkunde oder Computing heißt, ist erst einmal zweitrangig. Kurzfristig wichtig ist, Informatikunterricht an jeder weiterführenden Schule, spätestens ab der siebten Klasse, als Wahlpflichtfach anzubieten. Alle Schülerinnen und Schüler müssen die Möglichkeit haben, dieses Schulfach zu belegen.

Die digitale Wissensgesellschaft ist die Zukunftsperspektive für den Standort Deutschland.

Die LehrerInnenausbildung und Fortbildungsangebote müssen um Grundlagen des Computings und das Thema Digitalisierung erweitert werden. Die Angebote für Informatik in der Lehrkraftausbildung müssen ausgebaut werden. Es sollen Forschungsprojekte in Auftrag gegeben werden, die Auswirkungen und Nutzen der digitalen Lernumwelt untersuchen. Hier soll insbesondere untersucht werden, wie die Präsenz von Computern und digitalen Medien den Schulalltag beeinflusst, ebenso welche Lernerfolge durch die Nutzung von Computern generell und durch die Nutzung von digitalen Lehrmitteln im Speziellen zu erzielen sind. Des Weiteren soll geprüft werden, inwiefern die digitale Lernumwelt Schülerinnen und Schüler auf das spätere berufliche oder wissenschaftliche Leben vorbereiten kann.

Der Wirtschaftsstandort Deutschland, der sich in absehbarer Zukunft noch weiter von seiner Abhängigkeit von natürlichen Ressourcen und klassischer Industrieproduktion verabschieden wird, hat nur eine zukunftsfähige Perspektive: Die Wissensgesellschaft und damit auch die wissens- und informationsbasierte Wertschöpfung. Um das Fundament für diesen Wirtschaftsstandort zu setzen, müssen grundlegende Kompetenzen dort vermittelt werden, wo sie auch am besten aufgenommen werden: in der schulischen Bildung. Weder Arbeit 4.0 noch Industrie 4.0 kann mit einer Schulbildung 1.0 erreicht werden.

Fazit

Alle maßgeblichen Akteure in Deutschland beschäftigen sich derzeit mit der Digitalisierung: Parteien, Institutionen, Verbände, Stiftungen, Unternehmen, Universitäten. Will die SPD ihrem Selbstverständnis als Impulsgeber und politischer Gestalter unserer Gesellschaft gerecht werden, muss sie die Digitalpolitik als besondere Verpflichtung begreifen – und zugleich als außerordentliche politische Chance. Denn Digitalpolitik schreit geradezu nach Gestaltung und Zukunftsideen, die im politischen Alltag bisher weitgehend fehlen.

Wer Digitalisierung versteht, sie verinnerlicht und für ihre Gestaltung tragfähige und spannende Konzepte entwickelt, hat die Chance, Gegenwart und Zukunft unseres Landes zu prägen und voranzutreiben. In diesem Prozess wird man sich vor manchen gewohnten Rezepten lösen müssen.

Wir sind überzeugt: Die Chancen der Digitalisierung übertreffen deren Risiken um ein Vielfaches. Die SPD hat zahlreiche zentrale gesellschaftliche Entwicklungen in unserem Land angestoßen und damit auch andere Parteien zur Auseinandersetzung mit diesen Fragen bewegt. Bei der Digitalisierung, dem zentralen gesellschaftlichen Entwicklungsthema unserer Zeit, sollte das nicht anders sein.

Die Autorinnen und Autoren*



Laura-Kristine Krause ist Politikwissenschaftlerin und Strategieberaterin in Berlin. Sie ist Policy Fellow am Progressiven Zentrum. Berufliche Stationen unter anderem als persönliche Referentin von Martin Schulz im SPD Europawahlkampf 2009 und im Wahlkampfteam von Hillary Clinton. Sie ist Mitglied von D64.



Nico Lumma ist COO des Next Media Accelerator in Hamburg, bloggt auf lumma.de und war seit 1995 nicht mehr offline. Er ist Mitglied der Medien- und netzpolitischen Kommission des SPD-Parteivorstandes sowie Co-Vorsitzender und Mitbegründer von D64. Seit 2013 ist er Mitglied im Landesrat für digitale Entwicklung und Kultur des Landes Rheinland-Pfalz.



Sebastian Reichel ist Senior Berater bei einer Agentur für Strategieberatung in Berlin. Zuvor war er langjähriger Mitarbeiter beim SPD-Parteivorstand und im Bundesministerium für Arbeit und Soziales. Er ist Mitglied des Vorstands von D64.



Philipp Sählhoff ist Senior Project Manager am Progressiven Zentrum mit den Schwerpunkten „Europa“ und „Zukunft der Demokratie“. Er war mehrere Jahre als Berater für Beteiligungsprozesse, digitale Kommunikation und politisches Campaigning tätig. Darüber hinaus arbeitete er als freier Journalist sowie im Büro einer Bundestagsabgeordneten.



Dominic Schwickert ist Geschäftsführer des Progressiven Zentrums. Er hat langjährige Erfahrung in der Politik- und Strategieberatung (u. a. Stiftung Wissenschaft und Politik, Bertelsmann Stiftung, IFOK GmbH, Stiftung Neue Verantwortung, Bundesministerium für Wirtschaft und Energie).



Henning Tillmann ist Diplom-Informatiker, selbständiger Softwareentwickler und Mediengestalter in Berlin. Er ist seit 2010 Mitglied in netzpolitischen Gremien des SPD-Parteivorstandes, momentan in der Medien- und Netzpolitischen Kommission. Er ist Mitglied von D64.

*Die Autorinnen und Autoren danken **Dr. Max Neufeind**, Policy Fellow im Progressiven Zentrum, für seine wertvollen Anregungen zu diesem Papier.

Über das Progressive Zentrum

Das Progressive Zentrum ist ein unabhängiger und gemeinnütziger Think Tank mit Sitz in Berlin. Ziel des Progressiven Zentrums ist, neue Netzwerke progressiver Akteure unterschiedlicher Herkunft zu stiften und eine tatkräftige Politik für den ökonomischen und gesellschaftlichen Fortschritt mehrheitsfähig zu machen. Dabei bezieht das Progressive Zentrum besonders junge VordenkerInnen und EntscheidungsträgerInnen aus Deutschland und Europa in progressive Debatten ein.



Die Policy Briefs des Progressiven Zentrums richten sich besonders an politische EntscheidungsträgerInnen und EntscheidungsvorbereiterInnen in Ministerien, Parlamenten und Parteien, aber auch an Akteure aus Wissenschaft, Wirtschaft und Zivilgesellschaft. Erklärtes Ziel ist es, drängende Herausforderungen zu adressieren und mit neuen Perspektiven, programmatischen Ideen und präziser Argumentation konkrete Empfehlungen für eine fortschrittliche und gerechte Politik in Deutschland und Europa zu liefern.

Über D64

D64 versteht sich als Denkfabrik des digitalen Wandels. Ihre Mitglieder sind von der gesamtgesellschaftlichen Auswirkung des Internets auf sämtliche Bereiche des öffentlichen und privaten Lebens überzeugt. Sie sind sich einig, dass man eine Politik der Zukunft nicht mit Gedankengut von Gestern machen kann.



D64

Zentrum für
Digitalen Fortschritt

D64 will Taktgeber und Ratgeber für die Politik sein, um Deutschland für die digitale Demokratie aufzustellen. Leitgedanke des Vereins, ist die Frage, wie das Internet dazu beitragen kann, eine gerechte Gesellschaft zu fördern. Mehr unter d-64.org

Impressum

Alle Rechte vorbehalten. Abdruck oder vergleichbare Verwendung von Arbeiten des Progressiven Zentrums auch in Auszügen ist nur mit vorheriger schriftlicher Genehmigung gestattet.

© Das Progressive Zentrum e.V., 2015

Ausgabe: Dezember 2015

V.i.S.d.P.: Dominic Schwickert

c/o Das Progressive Zentrum e.V.

Werftstraße 3, 10577 Berlin

Vorsitzende: Dr. Tobias Dürr, Michael Miebach

Geschäftsführer: Dominic Schwickert

www.progressives-zentrum.org

mail@progressives-zentrum.org

www.facebook.com/dasprogressivezentrum

twitter: @DPZ_Berlin

Gestaltung: 4S und Collet Concepts

Layout: Daniel Menzel